

ARCHIV

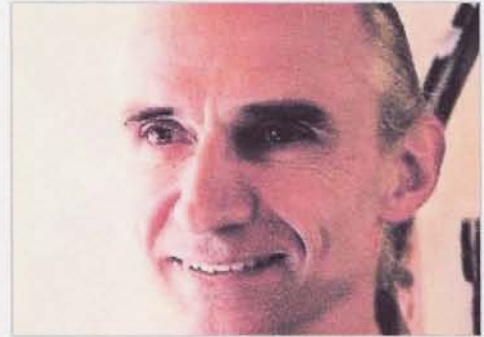
Archivsuche > 2008 > Suchergebnis

Samstag, 22. März 2008 | Region St.Gallen

Drucken | Versenden | Kommentieren | Leserbrief

Kontroverse

Helga Klee, FDP-Kantonsrätin, Präsidentin Oberstufenschulgemeinde Mittelrheintal in Heerbrugg (60 Mitarbeitende, 500 Schulkinder).



Michael Suter, Mathematiker, Flawil, ist Vater von drei erwachsenen Kindern und Vorstandsmitglied der Vereinigung «elternlobby.ch».

Freie**Schulwahl**

Wir Schweizer bemühen gerne das Bild von den grauen Zellen als einzigem Rohstoff unseres Landes. Wir sehen uns als Nachfahren Heinrich Pestalozzis und sind stolz auf unser Schulsystem mit dem Schulobligatorium. Selbstredend gehen wir davon aus, dass unser System auch die Chancengleichheit sicherstellt. In jüngster Zeit ist die Schule unter andern Vorzeichen in die Diskussion gelangt: Bologna-Reform und Pisa-Studie haben ein Nach- und Umdenken bewirkt. Immer häufiger wird darüber diskutiert, ob die staatliche Volksschule wirklich die einzig richtige Form sei oder auch andere Modelle und Formen akzeptiert werden sollten. Immer öfter wird eine «freie Schulwahl» postuliert und per Initiative auch gefordert: Von den Jungfreisinnigen im Kanton St. Gallen, von der Elternlobby in Ausserrhoden, von der FDP Zürich und Elternlobby Zürich. Unsere Zeitung gibt Pro- und Kontra-Argumenten auf dieser Seite Raum. (lö)

Optimale Bildung

Die Kinder sind in ihrer geistig-seelischen Konstitution und in ihren Begabungen sehr verschieden. Entsprechend breit ist das Spektrum an pädagogischen Bedürfnissen. Mit einem einzigen Schulmodell kann aber niemals das ganze Spektrum optimal abgedeckt werden. Eine gute Schule für alle Kinder gibt es nicht. Es braucht daher eine Vielfalt von Schulmodellen mit unterschiedlichen pädagogischen Profilen. Diese Einsicht drückt sich auch in der St. Galler Kantonsverfassung aus: Artikel 10 erklärt die Schulvielfalt zum Staatsziel, dies ausdrücklich unter Einbezug nichtstaatlicher Bildungsangebote.

Doch was nützt eine Vielfalt, wenn nicht das passende Angebot gewählt werden kann? Zwar gewährleistet die Verfassung das Recht, nichtstaatliche Schulen zu besuchen, doch ist dies faktisch nur Kindern in sehr guten finanziellen Verhältnissen möglich. Das heutige Zweiklassensystem möchte die «Elternlobby» überwinden. Alle bewilligten und öffentlich zugänglichen Privatschulen sollen über Schülerpauschalen öffentlich finanziert und kostenlos besucht werden können.

MÜNDIGE ERZIEHUNGSBERECHTIGTE

Die Eltern haben eine Gesamtverantwortung für das Wohl ihrer Kinder bis zu deren Mündigkeit, auch für das Wohl der Kinder in der Schule. Verantwortung wahrnehmen kann aber nur, wer über entsprechende Entscheidungskompetenzen

verfügt. Wenn ein Kind über längere Zeit ein ungünstiges Lernumfeld hat, sollten die Eltern die Möglichkeit haben, ohne bürokratische und finanzielle Hindernisse die Schule zu wechseln.

Interesse und positive Einstellung der Eltern gegenüber der Schule sind wesentliche Faktoren für den Schulerfolg der Kinder. Es ist deshalb unbestritten, dass eine gute Schule die Eltern mit einbezieht. Die in diesem Zusammenhang häufig kritisierte Passivität vieler Eltern hängt zweifellos auch damit zusammen, dass Eltern heute nicht als mündige Partner der Schule respektiert, sondern bei der Schulwahl bevormundet werden.

Die Schulwahl-Kompetenz der Eltern stärkt auch die Position der Lehrperson: Sie kann sich darauf verlassen, dass die Eltern ihre Kinder freiwillig bei ihr unterrichten lassen. Das gibt ihr Rückhalt. Die «Elternlobby» verlangt deshalb, dass Eltern auch zwischen den staatlichen Schulen wählen können.

CHANGENERECHTES SYSTEM

Die Befürchtung, die Schulwahl durch die Eltern würde die Schulen entmischen, ist unbegründet. Unser heutiges Schulsystem ist selber an der Entmischung aktiv beteiligt: Die Aufteilung in Sekundarschule und Realschule bewirkt eine starke Entmischung, ebenso die Einteilung der Schüler nach Wohnquartier. Ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern, die den Eltern die Schul-Wahlfreiheit gewähren (z. B. Finnland, Schweden, Dänemark, Niederlande) zeigt, dass diese Länder die Chancengleichheit besser realisieren als das monopolistische schweizerische Schulsystem.

Die Staatsschule als Garant der Chancengleichheit ist eine oft gehörte Behauptung, die durch die Tatsachen klar widerlegt wird.

Fordern und fördern

Wenn von den Befürwortern gesagt wird, die freie Schulwahl fördere den Wettbewerb unter den Schulen und damit auch die Qualität, so finde ich das dogmatisch. Wenn der freie Wettbewerb wirklich das Beste wäre, hätte er sich auch in der Wirtschaft durchgesetzt. Aber auch dort greift der Staat regulierend ein. Das Problem sind nämlich Wettbewerbsverzerrungen, die gerade auch bei Bildungsanbietern vorkommen. Tatsache ist etwa, dass private Gymnasien nicht gleich intensiv vom Staat begleitet werden wie Kantonsschulen. Wenn der Wettbewerb verstärkt wird, müsste gleichzeitig die staatliche Qualitätskontrolle verstärkt werden. Dass die Qualität durch die Marktmechanismen reguliert wird, glaube ich für den Bildungsbereich weniger: Bildungsinstitutionen sind keine Produktionsanlagen. Ein freier Wettbewerb im Bildungsbereich würde vielmehr die Präsentation nach aussen fördern. Schein statt sein! Grossspurige Projekte würden wichtiger als tägliche Knochenarbeit. Dabei ginge viel Zeit und Energie verloren für Präsentationen und Werbeveranstaltungen.

Eine Volksschule, die fordert

Unsere Schulleitung stellt bei unangemeldeten Schulbesuchen fest, dass in den Klassenzimmern seriöse, sorgfältige Arbeit geleistet wird. Schülerinnen und Schüler werden gefordert und gefördert, das ist es, was wir wollen: Eine Volksschule, die nicht Mittelmass ist, sondern den Mut hat, Leistungen zu verlangen. Dass das in unserem Kanton gemacht wird, bestätigte kürzlich Bildungsdirektor Hans Ulrich Stöckling am Konvent der Mittelstufenlehrpersonen: «Die Pisa-Resultate zeigen, dass wir stolz sein dürfen auf unsere Schulen, sie gehören zur Weltspitze.» Es ist das Verdienst der guten Ausbildung der Lehrpersonen, die hervorragende Arbeit leisten. Wollen wir nun wirklich etwas, das hervorragend ist, einer Modeströmung opfern? Ich nicht. Weil nicht jedes Kind die gleichen Bedürfnisse hat, würden sich bei freier Schulwahl private Schulen stärker auf bestimmte Segmente ausrichten, wo sie sich spezialisieren können. Aber welcher private Anbieter würde sich auf schwierige Kinder spezialisieren? Für mich ist es wichtig, dass wir an unseren Schulen eine gute Durchmischung der Kinder haben, wie es auch die Gesellschaft darstellt, in der wir leben. Wenn sich der Staat aus dieser Verantwortung stiehlt und die Eltern selbst für ihre Kinder die beste Schule aussuchen, dann findet eine Segregation statt. Zugegeben, das gibt es schon, aber noch müssen die Eltern die Kosten der privaten Schule selber berappen.

Alle Kinder fördern

Viel wichtiger als die freie Schulwahl ist mir die Förderung aller Kinder, besonders auch der Begabten. Natürlich kann kein Schulsystem fehlende häusliche Förderung der Kinder voll wettmachen; aber in einem gewissen Mass schon. Wenn nicht an allen Schulen diese Möglichkeit voll ausgeschöpft wird, betrügen wir einen beträchtlichen Teil der begabten Kinder um ihre Chancen. Und wir schädigen die Volkswirtschaft, indem wir das Potenzial der zur Verfügung stehenden Fachkräfte nicht auf die Bühne bringen.